

## **Protokoll:**

Rm Enger (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0021/2015). Sie fügt hinzu, sie habe mit dem Bürgermeister der Stadt Ludwigshafen über seine Erfahrungen bezüglich der Anmietung von Wohnraum durch die Stadt gesprochen und dabei erfahren, dass dies auch nicht ganz einfach sei

BIZ-Fraktionsvorsitzende Keul-Göbel merkt an, die Asylbewerber hätten die Möglichkeit, eine Wohnung abzulehnen. Sie bittet um Auskunft darüber, ob die Stadt tatsächlich pro Bewohner an die Vermieter 350 €warm zahle.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein weist darauf hin, bei diesem Betrag handele es sich nicht nur um eine reine Mietzahlung, sondern beinhalte noch zahlreiche zusätzliche Leistungen wie z.B. die Möblierung der Wohnung, Straßenreinigung und eine jederzeitige Erreichbarkeit.

Rm Sauer (CDU) stellt fest, die Wohnungssituation in Koblenz sei zurzeit sehr schwierig. Es sei auch bekannt, dass die Wohnungssituation der Asylbewerber derzeit nicht so gut sei. Sie appelliert dafür, der Verwaltung Zeit zu lassen, weiter an den bisherigen Zuständen zu arbeiten.

Aufgrund der Empfehlung der Verwaltung, mit der Beschlussfassung bis zum Prüfergebnis zu warten, wird der Antrag zurückgezogen.